

Arbeitsschwerpunkte des 12. Student*innenparlaments

Inhaltsverzeichnis

Einleitende Worte	2
Arbeit der Student*innenschaft nach innen und außen	2
Demokratiefördernde Kommunikation, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.....	2
Wissensweitergabe	3
(Zusammen)Arbeit und Vernetzung innerhalb und außerhalb der Student*innenschaft	4
Campuskultur	5
Engagement fördern.....	5
Inklusion.....	5
Kritische Begleitung der Raumplanung und Etablierung studentischer Freiräume.....	6
Studium und Lehre.....	7
Rahmenprüfungsordnung / Fachspezifische Anlagen / Studienmodell	7
Verbesserung von Lernmöglichkeiten	8
Soziales Studium.....	9
Wohnraum	10
Studienfinanzierung.....	10
Infrastruktur	11
Psychologische Belange der Student*innen	11
Politische Aufklärung für eine humane Gesellschaft	12
Antifaschismus	12
Antidiskriminierung / Antirassismus.....	13
Flucht und Migration	13
Verantwortungsvolle und kritische Wissenschaft	14
Demokratische Hochschulen.....	14
Arbeitsbedingungen an der Universität	15
Nachhaltigkeit	15
Abschließende Worte.....	16

Einleitende Worte

Das 12. StuPa der Universität Lüneburg hat in seiner 08. ordentlichen Sitzung folgende Arbeitsschwerpunkte für die Legislaturperiode 2017/18 beschlossen. Anhand dieser Arbeitsschwerpunkte werden das StuPa (StuPa) und der Allgemeine Student*innenausschuss (AStA) ihre Arbeit gestalten und messen.

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört auch ein grundsätzlicher Anspruch an die inhaltliche und strukturelle Arbeit. Dabei sollen die schon in der Satzung der Student*innenschaft formulierten Maßgaben erweitert werden. Die Verfasste Student*innenschaft setzt sich zum Ziel, ihre Arbeitsweise in der Umsetzung ihrer Arbeitsschwerpunkte, kritisch, wissenschaftlich, emanzipatorisch und verallgemeinerungswürdig zu gestalten. Sie bemüht sich in allen Belangen um partizipative Entscheidungsprozesse, in denen alle Kommiliton*innen die Möglichkeit bekommen, mitzuwirken.

Sie diskriminiert niemanden und fördert aktiv die Inklusion strukturell benachteiligter Menschen in ihrem Denken und Tun. In allen Handlungen wird der Anspruch der Nachhaltigkeit konsequent mitgedacht und realisiert. Durch ihre Arbeitsweise und die Außenkommunikation versucht die Student*innenschaft, das Interesse an Politik anzuregen und zu vertiefen. Sie nimmt sich vor, in ihrem Wirken stets bündnisorientiert innerhalb der Hochschule und darüber hinaus zu agieren und reflektiert ihr Handeln (selbst-) kritisch.

Arbeit der Student*innenschaft nach innen und außen

Demokratiefördernde Kommunikation, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit

Eine gute und damit offene, faire, sachliche und zielorientierte Rede- und Diskussionskultur ist die unabdingbare Grundlage parlamentarischer (Zusammen-)Arbeit. Hierbei ist nicht nur die Kommunikation innerhalb der Strukturen der Verfassten Student*innenschaft relevant, sondern auch die Kommunikation außerhalb dieser Strukturen, bspw. in der Außenkommunikation der einzelnen Listen und Gremien.

Die Arbeitsweise der Gremien der verfassten Student*innenschaft soll transparenter gemacht und verständlicher kommuniziert werden. Die Prozesse, wie Entscheidungen getroffen und realisiert werden, müssen für die Student*innenschaft nachvollziehbar sein. Dafür bedarf es neben Transparenzstandards auch einem grundlegenden Verständnis der Gremienstruktur und ihrer Arbeitsweisen und Verantwortlichkeiten. Es ist anzustreben vermehrt über diese Strukturen zu informieren und aufzuklären, um die Nachvollziehbarkeit der Gremienarbeit zu gewährleisten und zudem die Beteiligungsmöglichkeiten besser aufzeigen zu können. Dazu ist auch eine deutliche Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Aufstellung und konsequente Beachtung von gemeinsam erarbeiteten Gesprächsregeln
- stetige gemeinsame Reflexion der Kommunikation und Arbeitsweise
- verstärkte (objektive) niedrigschwellige Außenkommunikation des StuPa über Beschlüsse, Termine und Themen, die auch für Personen außerhalb der Gremien leicht verständlich und ansprechend ist
- Einbindung von studentischen Gästen sowie anderen Gremienvertreter*innen in das Sitzungsgeschehen zur weiteren Öffnung der Diskussionen und Arbeitsgruppen / Ausschüsse
- überall niedrigschwellig zum Mitmachen einladen
- Einstiegsfreundliche, inhaltsgeleitete Sitzungsgestaltung

Wissensweitergabe

Im Rahmen der studentischen und akademischen Wahlen finden regelmäßig personelle Veränderungen in den verschiedenen Gremien statt, wodurch in verschiedenen Bereichen Wissen verloren gehen kann. Um letzterem vorzubeugen, ist es sinnvoll Strukturen zur Wissensorganisation innerhalb der Student*innenschaft zu implementieren. So besteht die Möglichkeit eigene Strukturen und Arbeitsprozesse mit anderen Gremien zu vergleichen und Optimierung herbeizuführen. Dabei geht es sowohl um strukturelles Wissen (Wie funktioniert etwas?), als auch um inhaltliches Wissen (Warum wurde etwas beschlossen?) und um Material, welches auch von anderen Gruppen oder zu anderen Gelegenheiten nutzbar sein kann (bspw. Gast-Informationsreader für mehrtägige Veranstaltungen).

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Das Verfassen von Wikis und Leitfäden bzw. deren Aktualisierung und Verbreitung
- inhaltliche Beschlüsse und Diskussionsthemen nachvollziehbar und verständlich darstellen und aufbereiten, bspw. durch Themenseiten auf der AStA-Website, Reader/Themenflyer, Artikel, Veranstaltungen mit Bezug zu inhaltlichen Beschlüssen
- Wissen vernetzen: gemeinsame Leitfäden und Wissensdokumentationen von Fachschaften und Fachgruppenvertretungen (FGV), AStA, StuPa und studentischen Initiativen
 - o ggf. Entwicklung einer Austauschplattform
- Informationen zu Inhalten und Strukturen bereitstellen, wie bspw. Zeitschriften, Flyer, Reader, Bücher oder Website-Einträge
- Veranstaltungen für die interne Wissensweitergabe
 - o Skill-Sharing-Workshops zu Themen wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Plakat-Design, Gruppenleitung etc.
 - o Info-Veranstaltungen, mit Gremienmitgliedern usw. als Zielgruppe, zu Themen wie strategischer Gremienarbeit, akademischer Selbstverwaltung oder konkreten inhaltlichen Themen, die gerade diskutiert werden
 - o Einladung von Expert*innen in AStA- und / oder StuPa-Sitzungen zu aktuellen Themen

- Dokumentation solcher Veranstaltungen, um daraus weitere Leitfäden o. Ä. zu generieren

(Zusammen)Arbeit und Vernetzung innerhalb und außerhalb der Student*innenschaft

Die Vernetzung innerhalb der Student*innenschaft (u. a. zwischen Fachschaften und Fachgruppenvertretungen, AStA, StuPa und studentischen Initiativen) ist von großer Bedeutung und muss zukünftig intensiver gestaltet werden. Dies kann z. B. durch gemeinsame Aktivitäten gestaltet werden. Des Weiteren ist dafür zu sorgen, dass die Arbeit innerhalb der Gremien - wo möglich - professionalisiert sowie vereinfacht, Verpflichtungen nachgekommen und eine gute Arbeitsatmosphäre hergestellt wird. Ebenso wichtig ist die stetige Reflexion der Arbeitsbedingung und -verteilung, um Ungleichgewichte und Überlastungen zu verhindern, wie sie etwa in der Vergangenheit im AStA vorgekommen sind.

Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit zwischen den studentischen Gremien sowie den (studentischen) Mitgliedern akademischer Gremien verstärkt werden. Die Prozesse in den akademischen Gremien müssen kritisch begleitet werden und die Student*innenschaft ist über relevante Prozesse aufzuklären. Weiterhin wird eine Erhöhung der Wahlbeteiligung bei studentischen und akademischen Wahlen angestrebt.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- gemeinsame Arbeitsgruppen aus StuPa und AStA
- Würdigung der Arbeit des AStA durch Wahrnehmung der Kontrollfunktion des StuPa; dabei gilt es sowohl kritisch zu reflektieren, als auch Leistungen anzuerkennen. Möglich wäre dies bspw. durch:
 - Austauschtreffen zwischen AStA und StuPa
 - Einladungen der verschiedenen AStA-Referate in die StuPa-Sitzung
 - Einbringung von (inhaltlichen) Anträgen ins StuPa durch die AStA-Referate
- Anpassung von Satzung und Ordnungen, um bspw. die Arbeit der Ausschüsse in einer Art zu gestalten, die ein realistisches Bild des StuPa wiedergibt oder um die Formalia klarer, nachvollziehbarer und damit einstiegfreundlicher zu gestalten
- Ausbau und Verbesserung der digitalen Infrastruktur der Student*innenschaft
- Digitalisierung diverser Formulare und Kommunikationsformen
 - Online-Formular für die Gremienbescheinigung
 - [WhatsApp] Newsletter von AStA und StuPa
 - Überprüfung und Diskussion der Möglichkeit der Einführung von digitalen Wahlen
- Bemühungen, den Plan zur Verlegung der akademischen Wahlen parallel zu den studentischen Wahlen gemeinsam mit Präsidium und Verwaltung zu realisieren

Campuskultur

Engagement fördern

Demokratische Organe der Universität leben von der aktiven Beteiligung der Student*innen, und beziehen zugleich daraus ihre Legitimation. Die verfasste Student*innenschaft macht es sich zum Ziel, Engagement zu ermöglichen und dazu einzufordern sowie Politikverdrossenheit entgegen zu wirken. Die Verantwortung liegt dabei ebenso bei den einzelnen Listen, Referaten etc. als Mandatsträger*innen. Maßnahmen wie Ermächtigung zu politischer Bildung und intensive öffentliche Darstellung des Engagements sollen ausgebaut werden.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- zum Mitmachen einladen (niedrigschwellige und interessante Vorgehensweise!)
 - o kurze Erklärungen
 - o wichtige Inhalte statt Formalia vermitteln
(WAS macht das Gremium, statt WIE macht es das)
- Entwicklung neuer Formate zur Aufklärung und Diskussion, um Debatten auch außerhalb der Gremien zu führen.
- Erhalt des Projektfördertopfes in ausreichendem Umfang zur Förderung studentischen Engagements
- Zusammenarbeit zwischen AStA, StuPa, Fachschaften und Fachgruppenvertretungen, Rat der Fachgruppenvertretungen sowie studentischen Initiativen bei der Außendarstellung von Engagementmöglichkeiten
- Entwicklung einer Kampagne zur Darstellung studentischen Engagements
- Erstellung gemeinsamer Informationsangebote
- Evaluation und ggf. Aktualisierung bestehender Infomaterialien und Informationsangebote
- aktuelle Diskussionen aus den Gremien aufgreifen und öffentlich thematisieren, z.B. in Veranstaltungen oder Artikeln

Inklusion

Inklusion bedeutet hier, dass Menschen, welche sich in einer benachteiligten körperlichen, psychischen und/oder sozialen Situation befinden, die gleichberechtigte Teilhabe am akademischen Lernen und studentischen Leben ermöglicht wird. Deswegen setzt sich die verfasste Student*innenschaft für einen barrierefreien und solidarischen Campus ein. Dabei sollen die Betroffenen möglichst bei dem Identifizieren und Beheben von Hindernissen beteiligt werden. Ihnen soll eine gleichberechtigte Teilnahme an universitären Veranstaltungen hinsichtlich der Präsenz vor Ort, aber auch über das Internet ermöglicht werden. Auch die Nutzung von akademischen Einrichtungen wie Bibliothek, Verwaltung und entsprechenden Internetauftritten sowie die Teilhabe am studentischen Leben soll gleichberechtigt möglich sein.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Aufklärung über Benachteiligungen
- Bestärkung autonomer Referate (aktuell: ARCHIPEL und EliStu)
- Veröffentlichung des in Arbeit befindlichen Readers zu Antidiskriminierung
- Herausfinden, ob die Zulassungsverfahren benachteiligten Menschen den Zugang zu dieser Universität erschweren
- Veranstaltung des StuPa, AStA und der Referate sollten gänzlich barrierefrei sein
- Identifikation und Ansprache von physischen Hindernissen, wie etwa Türen ohne Türöffner, fehlende Zebrastreifen, nicht abgesenkte Bordsteine, resultierende große Umwege (bspw. Station der Linie 5001)
- Identifikation und Ansprache von Problematiken in Lern- und Lehrsituationen
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro und anderen ähnlichen Institutionen der Universität

Kritische Begleitung der Raumplanung und Etablierung studentischer Freiräume

Die Student*innenschaft steht in aktivem Austausch zu den universitären Raumordnungsplanungen. Dies berücksichtigt die Interessen von Studiengängen (bspw. Maschinenhalle), von studentischen Initiativen und Gremien sowie Student*innen in ihrer Individualität. Die Kritik am neuen Zentralgebäude ist weiterhin gültig und es gilt auszuhandeln, wie die Student*innenschaft sich das Gebäude (und die damit verbundenen Implikationen) aneignet, statt sie bloß hinzunehmen.

Die Student*innenschaft setzt sich zudem für Frei-, Gestaltungs- und Schutzräume an der Universität ein. Dabei geht der Raumbegriff über Zimmer und Flächen hinaus und will auch unsichtbare, nicht-physische Barrieren wie Verhinderung von Partizipation, unausgesprochene Diskriminierung und Chancenungleichheiten aufdecken und überwinden oder abschaffen.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- weitere Verwendung und versuchte Umsetzung des studentischen Raumkonzeptes
- Veranstaltung mit den am Raumkonzept beteiligten Akteur*innen zur weiteren Planung, zur Gestaltung studentischer Räume und zur Beratung der Perspektiven
- Evaluation der Raumstruktur des AStA und ggf. Anpassung, bspw. im Bezug auf Lagerflächen, das Referatebüro und Orte für Gruppentreffen
- Umgestaltung des "MuFuZi" anhand früherer Konzeptberatungen und im Rahmen der
- Raumplanung für Gebäude 9
- Konzeptionierung und Einrichtung eines "AStA-Café"
- kritische Begleitung der Umzüge, bzw. des Weiteren Verlaufs der Thematik Maschinenhalle
- Entwicklung der Fläche neben Gebäude 9 (bei den Betonblöcken)
- Aktualisierung des Infomaterials zum Zentralgebäude und inhaltliche Aufbereitung bestehender Positionen
- fortlaufende Aufklärung über Entwicklungen beim Zentralgebäude, u.a. über die Endabrechnung und Einordnung derer

- anlassbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Zentralgebäude und der allgemeinen Raum- und Ausstattungssituation
- Auseinandersetzung mit der Struktur des Studiums sowie auch am Campus stattfindender gesellschaftlicher Hürden mit Blick auf die Möglichkeit von Freiräumen, Partizipation und Teilhabe

Studium und Lehre

Die verfasste Student*innenschaft der Universität Lüneburg setzt sich insbesondere für die stetige Verbesserung der Lehr- und Lernsituation ein. An einer Universität sollten die strukturellen Rahmenbedingungen und die Inhalte stets einen offenen, fortschrittlichen und reflektierten Wissensaustausch ermöglichen, der innerhalb eines selbstbestimmten Studiums stattzufinden hat. Aus diesem Grund sind studienbestimmende Ordnungen, aber auch die Lehrinhalte und die Lehre sowie die Lernmöglichkeiten an sich wichtige Hebelpunkte, an welchen die Arbeit der Student*innenschaft ansetzen wird.

Rahmenprüfungsordnung / Fachspezifische Anlagen / Studienmodell

Die verfasste Student*innenschaft spricht sich dafür aus, den Prozess der Änderung der RPO kritisch und aufklärerisch zu begleiten. Die Arbeit der studentischen Vertreter*innen in den akademischen Gremien soll unterstützt werden, sodass sie miteinander gut vernetzt sind und im bestmöglichen Sinne im Interesse der Student*innenschaft agieren können. Die Verfasste Student*innenschaft spricht sich dabei insbesondere für eine Weiterführung der zwei Klausurtermine im Semester aus und für eine unbegrenzte Wiederholbarkeit von Prüfungen. Weiterhin sollen 60 Zusatz-CP möglich sein und im Transcript of Records wieder die Veranstaltungstitel aufgeführt werden. Auch die Prüfungsanmeldung soll bis zu fünf Werktagen vor der Prüfung möglich sein und die Abmeldung zumindest bei Klausuren bis vor Beginn der Prüfung. Nichtsdestotrotz sollen die Änderungen die Arbeit der Verwaltung erleichtern.

Im Sinne seines eigenen Anspruches und den Bedürfnissen der Student*innen soll sich verstärkt auch mit dem Leuphana-Studienmodell und allen seinen Aspekten auseinandergesetzt werden.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Einbindung der studentischen Hochschulöffentlichkeit
 - o Schaffung von Austauschmöglichkeiten zwischen studentischen Gremienmitgliedern und Student*innen
 - o Bewerbung von Gremienterminen und Motivation zur Teilnahme
 - o Öffentliche Auseinandersetzung mit dem Sinn des Studiums mit folgender Integration in RPO und FSA-Änderungen
 - o Beteiligung aller relevanten Akteur*innen (z. B. Fachschaften und Fachgruppenvertretungen, Rat der Fachgruppenvertretungen etc.)

- Professionalisierung der Gremienarbeit
 - o (fakultätsübergreifende) Vernetzung der Mitglieder
 - o Verbesserung der Wissensweitergabe
- Weiterer Einsatz für eine Änderung der Regelung zu Attesten
 - o innerhalb der Universität über das Formular verhandeln
 - o in der LAK dazu austauschen und ggf. an die Landespolitik herantreten
 - o gemeinsam mit der Rechtsberatung einen Plan zur Aufklärung und Argumentation entwickeln
- Auseinandersetzung mit der Startwoche
 - o Fortführung und Ausbau des Ergänzungsangebotes durch den AstA (und ggf. durch Fachschaften und Fachgruppenvertretungen sowie studentischen Initiativen)
 - o Einbringung in die Startwochenplanung von Anfang an, auf Basis bestehender Positionierungen, mit dem Ziel einer Startwoche, die ein selbstbestimmtes Studium widerspiegelt und gut in die Universität und die vielfältigen Möglichkeiten einführt
- fundierte Auseinandersetzung mit dem Leuphana-Modell, der RPO und den FSA
 - o Herausgabe der in Arbeit befindlichen kritischen Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum des Leuphana-Bachelors
 - Veranstaltung(en) zu den Themen des Heftes
 - o Zusammenarbeit u.a. mit den Modulverantwortlichen sowie den Mitgliedern der Studienkommission für Leuphana-Semester und Komplementärstudium
 - o Daten zu Restriktionen im Studium, z. B. durch die 3-Versuche-Regel oder erfolgreiche Teilnahmen, gemeinsam mit u. a. den studentischen Senator*innen, sammeln und auswerten
 - o Veröffentlichung der Handreichung zu Widerspruchsverfahren
 - o Konzeption und Durchführung einer Konferenz im Sommersemester, auf der Student*innen und Lehrende ihre Perspektive auf das Studium austauschen, das Studienmodell weiterentwickeln und ggf. ein Papier vorbereiten, um damit auf die Universität zuzugehen. Dabei sollen neben einem gemeinsamen Rahmen insbesondere auch die einzelnen Fachperspektiven berücksichtigt werden
 - o Informationsveranstaltungen zu den Rechten von Student*innen
 - o Prüfungs-Reader aktualisieren und verschiedene Informationsangebote dazu vernetzen

Verbesserung von Lernmöglichkeiten

Keine Lehre, selbst die beste, ist etwas wert, wenn sich die Student*innen nicht mit ihr auseinandersetzen können. Aus diesem Grund setzt sich die Student*innenschaft für mehr Lern- und Gruppenräume ein, welche den Bedürfnissen eines modernen Studiums gerecht werden. Da der Lernprozess nicht nur außerhalb der Vorlesungen stattfindet, setzt sich die Student*innenschaft auch für die weitere Verbesserung von Seminarräumen und Hörsälen ein.

Auch die inhaltlichen Lehrangebote und ihre Struktur werden evaluiert [--> RPO/FSA/Studienmodell] und es werden, u.a. durch eigene Angebote, Alternativen fernab des überregulierten Universitäts-Alltags aufgezeigt, die mit den Angeboten der Universität vernetzt werden sollen.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Einsatz für mehr Lerninseln und Gruppenräume zum Verweilen und Diskutieren sowie deren Ausstattung mit ausreichend Steckdosen und vernünftigen Möbeln
- Einsatz für eine ausreichende Anzahl an modernen Computerarbeitsplätzen
- Einsatz für digitale Whiteboards in Seminarräumen sowie Schulungen für die Lehrenden
- digitale Infrastrukturen (moodle, mystudy etc.) analysieren und ggf. Änderungen vorschlagen
- Einsatz für mehr E-Books [Zusammenarbeit mit der Bibliothek]
- Einsatz für den Ausbau von Hörsälen
 - o Installation von mehr Steckdosen
 - o Schaffung von mehr und besseren Ablageflächen
- Weiterer Einsatz für den freien Zugang zu Texten, auch nach Abwendung der Einzelabrechnung
- Fortführung der Alternativen Lehre
 - o bessere Vernetzung der Alternativen Lehre mit universitären Angeboten, um bspw. Querverbindungen ziehen zu können
 - o Dokumentation der alternativen Lehrangebote, z. B. durch einen Reader oder eine Artikelserie zum Semesterthema

Soziales Studium

Die Student*innenschaft setzt sich dafür ein, dass ein Studium allen Menschen unabhängig ihrer sozialen Herkunft möglich ist. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Student*innen in verschiedenen Lebenslagen und auch finanziellen Situationen befähigen, ihr Studium zu absolvieren. Als solche Rahmenbedingungen sind insbesondere die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum, die Ablehnung von Studiengebühren, ein an studentische Lebenshaltungskosten angepasstes BAföG und der Bereich der psychischen Belange der Student*innen zu nennen.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- bessere Vernetzung von Universität-internen und -externen Beratungsangeboten
- Übersicht zu allen relevanten Beratungsangeboten nicht nur im AStA-Kalender, sondern auch online
- ggf. gemeinsame Veranstaltungen mit Beratungsstellen
- Erstellung von FAQ-Formaten zu wiederkehrenden Beratungsthemen
- Bereitstellen von Informationsmaterial in Räumen der Verfassten Student*innenschaft

Wohnraum

Besonders zu Beginn des Wintersemesters werden Student*innen auf dem Lüneburger Wohnungsmarkt mit hohen Mieten und einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum konfrontiert. Die Student*innenschaft soll in Fällen von akuter Wohnungsnot unterstützend zur Seite stehen und gerade in Zeiten sehr hoher Nachfrage Angebote zur kurzfristigen Unterbringung von Student*innen bereitstellen. Langfristig muss auf eine gerechtere Stadtentwicklung hingewirkt werden, die auch für Haushalte mit geringem Einkommen, wie bspw. die von Student*innen, ausreichend und angemessen Wohnraum sichert.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Weiterführung der Kooperation mit Geflüchtetenunterkünften
- Fortführen und Ausbauen der Bettenbörse zum Wintersemester
- Stetiger Austausch mit dem Studentenwerk, Campus e.V., der Stadt und ggf. privaten Wohnheimanbieter*innen
- Anliegen von Mieter*innen und deren Vernetzung untereinander fördern und auf Rechtsberatung etc. hinweisen
- Kontinuierliche Aufklärung über Mietrecht für Student*innen
- Informationsangebot zu Wohnraum allgemein, häufigen Fragen zum Mietrecht, zu Zweitwohnsitzsteuer etc. durch bspw. eine Themenseite auf der AStA-Website

Studienfinanzierung

Eine gesicherte und ausreichende Ausbildungsförderung ist eine Grundbedingung um ein Studium auch ohne finanzstarkes Elternhaus absolvieren zu können. Das jetzige BAföG wird diesem Anspruch nicht gerecht. Vielmehr zeigen aktuelle Berichte, dass zu wenige Student*innen BAföG beziehen, die Förderung nicht ausreichend ist und die Koppelung der BAföG-Förderung an die Regelstudienzeit verhindert, das Student*innen, die neben dem Studium andere Verpflichtungen haben, ausreichend gefördert werden. Eine umfassende Reform des BAföG ist daher notwendig.

Zudem ist es unerlässlich allen Menschen ein gebührenfreies Studium zu ermöglichen. Die Einführung von Studiengebühren für ausländische Student*innen in Baden-Württemberg und die geplante Einführung von solchen Gebühren in Nordrhein-Westfalen zeigen jedoch, dass der kostenfreie Zugang zu Bildung als Menschenrecht auch heute von einigen gesellschaftlichen Akteur*innen in Frage gestellt wird. Die Student*innenschaft stellt sich gegen die Einführung von Studiengebühren. Des Weiteren lehnt die Student*innenschaft die Beibehaltung von allen Bildungsgebühren wie bspw. Langzeitstudiengebühren und hohen Verwaltungskostenbeiträgen ab.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Engagement in und mit überregionalen Bündnissen und lokalen Institutionen zur Stärkung der studentischen Position und zur Umsetzungen der obenstehenden Forderungen, bspw. mit:
 - o Studentenwerk OstNiedersachsen (z. B. durch die studentischen Gremienmitglieder aus Lüneburg)
 - o regionalen Abgeordneten, um für das Thema zu sensibilisieren
 - o weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen (z. B. Gewerkschaften, LAK und fzs)

Infrastruktur

Um allen die gleichen Studienmöglichkeiten zu ermöglichen, ist eine gute Infrastruktur essentiell. Dies betrifft sowohl die regionale Infrastruktur, als auch jene auf dem Universitätsgelände. Denn nur wenn alle es mit möglichst geringem Zeitaufwand, unfallfrei und ohne höheren Kostenaufwand zum und über das Universitätsgelände schaffen, wird allen die gleiche Chance zugestanden. Aus diesem Grund sind insbesondere Fahrradwege und -Stellplätze auszubauen und zu verbessern. Um allen Studis auch in den späteren Abendstunden und am Wochenende den Weg von und zur Universität zu ermöglichen, ist eine bessere ÖPNV-Anbindung ebenso unbedingt nötig, wie barrierefreie und verkehrssichere Zugangs- und Verbindungswege. Bei aller nachhaltigen Campusgestaltung darf die bessere Ausgestaltung, der für viele notwendigen Parkplätze, nicht außer Acht gelassen werden.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- die Beseitigung der Engpässe wie an der Willy-Brandt Straße
- die Errichtung eines Zebrastreifens zur Blücherstraße
- die Absenkung der Bordsteine an der Scharnhorststraße
- der barrierefreie Aus- und Umbau der Dachgeschosse der universitären Gebäude
- die Schaffung weiterer barrierefreier Toiletten

Um eine zuverlässige und möglichst günstige landesweite Verkehrsanbindung zu sichern, soll die Einführung des landesweiten Semestertickets vorbereitet werden.

Psychologische Belange der Student*innen

Die Thematik der psychologischen Belastung in unserer Gesellschaft hat in den letzten Jahren zugenommen. Immer mehr Student*innen nehmen Beratungen wahr, um etwa mit Leistungsdruck, Depressionen oder Versagensängsten umzugehen zu lernen. Das StuPa nimmt sich vor die Zusammenhänge zwischen psychischen Problemen und den Studienbedingungen zu benennen und gegen die Ursachen an der Hochschule vorzugehen. Daher setzen sich das StuPa und der Allgemeine Student*innenausschuss für die Sensibilisierung und Aufklärung bezüglich dieser Thematik ein.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- zwei Veranstaltungen im Jahr in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk, AStA und StuPa
- Evaluation bestehender Angebote (z. B. beim Studentenwerk)
- Beratungsangebot ausweiten (ggf. gemeinsam mit dem Studentenwerk)
- AStA-Mitarbeiter*innen sowie FGV u. a. bitten auf bestehende Angebote (z.B. psychologische Beratung des Studentenwerks) hinweisen
- Flyer ggf. erarbeiten und besser kommunizieren

Politische Aufklärung für eine humane Gesellschaft

Gemäß der Satzung der Verfassten Student*innenschaft ist die Förderung politischer Bildung eine ihrer zentralen Aufgaben. In diesem Bereich will sich die Student*innenschaft in der Legislatur 2017/18 auf die Themen Antifaschismus, Antidiskriminierung/Antirassismus, sowie Flucht und Migration konzentrieren. Es gilt dabei, über die oben genannten Themengebiete aufzuklären. Unser normativer Anspruch ist eine humane Gesellschaft, die alle ohne Angst verschieden sein können. Insgesamt ist es der Anspruch der Student*innenschaft Menschen für Politik zu begeistern.

Antifaschismus

Zentrales Ideologem des deutschen Faschismus war der eliminatorische Antisemitismus. Der Nationalsozialismus führte z. B. losen industriell betriebenen Massenmord an den Juden Europas. Die nationalsozialistische Regierung hat die Vernichtung organisiert und dies wurde ohne breiten Widerstand aus der deutschen Bevölkerung durchgeführt. Antifaschismus bedeutet daher, auf die geschichtliche Zentralität des Holocaust aufmerksam zu machen. Faschismus ist jedoch kein rein historisches Phänomen, sondern ist eine Ideologie, die auch in der heutigen Zeit wiederkehren kann.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Aufklärungsarbeit zu und Beteiligung an Demonstrationen gegen Antisemitismus und Antizionismus, sowie gegen Rassismus, die AfD, die neue Rechte, völkisches Denken und andere faschistische Tendenzen in der Gesellschaft
- Förderung der Gedenkkultur durch
- Unterstützung des AK Gedenkkultur, hierbei vor allem:
- Informationsangebote zur Historie des Campus erarbeiten
- Einsatz für Gedenkorte auf dem Campus
- akademische Vorträge
- Besuch von Gedenkstätten
- Zusammenarbeit mit Zeitzeug*innen

Antidiskriminierung / Antirassismus

Diskriminierung ist sowohl gesamtgesellschaftlich, als auch auf dem Campus ein drängendes Problem. Gemäß einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat beinahe ein Drittel der Bevölkerung Erfahrung mit Diskriminierung. In ihrer bisherigen Arbeit hat die Student*innenschaft sich intensiv mit den Themen Antidiskriminierung und im speziellen Antirassismus auseinandergesetzt und sich ihrer politischen Bildungsarbeit gegen Diskriminierung jeglicher Form eingesetzt.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Fortführen des coraci-Festivals und der gmg-Aktionswochen
- Schutzräume am Campus schaffen
- Beratungsangebote schaffen, vorhandene, auch außeruniversitäre besser kommunizieren
- Arbeit zu diesen Themen mit und in überregionalen Bündnissen, z.B. Netzwerk gegen Rechts, ContraPUA und (akademischen) Bündnissen der Universität, z.B. Netzwerk für Gender- und Diversity-Forschung
- Fertigstellen des Antidiskriminierungsreaders

Flucht und Migration

Obwohl nun weniger Menschen nach Deutschland kommen, hält die weltweite Flüchtlingssituation ausgelöst durch Krieg und Umweltzerstörung an und das Thema hat daher an Aktualität nicht verloren. Die Hochschulen spielen bei der Thematik der Flucht und Migration eine wichtige Rolle. Sie können geflüchteten Menschen dabei helfen, die Sprache zu erwerben, ein Studium aufzunehmen und können Möglichkeiten der interkulturellen Begegnung schaffen. Zu einer offenen Hochschule gehört auch die Intervention gegen politische Tendenzen, die gesellschaftliche Ausgrenzung befördern. Überdies setzt sich die Student*innenschaft für eine friedensstiftende und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Forschung für eine Welt ohne Kriege und Klimakatastrophen ein.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Unterstützung und ggf. Ausbau von Programmen wie dem Brückenstudium
- Kooperation mit den angestellten [SHKs] im Brückenstudium
- Weitere Verbreitung der Möglichkeit des Brückenstudiums und Unterstützung der Refugees die daran teilnehmen möchten
- Prüfen ob die Möglichkeit besteht Personen im Brückenstudium ein Semesterticket auszustellen
- Weiterer Einsatz für theoretische und praktische Studieninhalte zum Thema Flucht und Migration, bis hin zu eigenständigen Studienprogrammen

Verantwortungsvolle und kritische Wissenschaft

Die Student*innenschaft der Universität Lüneburg bekennt sich zum Leitbild der Universität im Sinne einer nachhaltigen, humanistischen und friedlichen Entwicklung unserer Gesellschaft. Der Wissenschaft kommt damit „[a]ngesichts der Gefahren für die natürlichen Grundlagen des Lebens und wachsender Ungleichheit unter Menschen und Gesellschaften“ (Leitlinien der Universität Lüneburg) die Verantwortung zu, die gesellschaftlichen Probleme im Sinne einer ökologischen, sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Entwicklung der Menschheit, in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Akteur*innen, zu lösen.

Die Hochschulen in Deutschland unterlagen hingegen seit den 1990er Jahren massiven Umgestaltungsprozessen, die einem neoliberalen Politikverständnis folgten. Die Folge sind wie Unternehmen geführte Hochschulen, Förderung autokraten Führungsstils, Aushöhlung demokratischer Prinzipien. Die Finanzierung durch die ständige Einwerbung von Drittmitteln bindet die Forschung an die Entscheidung von Regierungsstellen sowie - zu einem nicht unbedeutenden Teil - privatwirtschaftlicher Akteure und untergräbt so die akademische Selbstverwaltung.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Einsatz für Ausfinanzierung von Hochschulen, hin zu einer Unabhängigkeit von Drittmitteln
- Öffentliche Thematisierung der mangelnden Finanzierung und der wissenschaftsfeindlichen Förderungspolitik für Forschung und Lehre, z.B. durch anlassbezogene Pressearbeit, Informationsveranstaltungen oder (Online-)Informationstexte
- Wirken für die Beendigung jeglicher Form struktureller und direkter Gewalt, durch eine humane Wissenschaft und Aufklärung.
- Einsatz für eine Verbindliche Zivil- und Friedensklausel an unserer Universität
- Stetiger Einsatz für Transparenz von universitären Entscheidungsprozessen und Forschungsarbeit

Demokratische Hochschulen

Die Student*innenschaft lehnt das Konzept der unternehmerischen Hochschule und die damit verbundene hierarchische top-down-Steuerung entschieden ab und setzt sich für eine Stärkung des demokratischen Prinzips ein. Ferner hält die Student*innenschaft Wissenschaft und Lehre für keine marktförmige Ressource, die nach optimaler Verwertung ausgerichtet sein sollte, sondern auf die Verbesserung der weltweiten Verhältnisse. Wissenschaft muss daher allen zur Verfügung stehen.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- weiterer Einsatz für die paritätische Besetzung akademischer Gremien
- Entwicklung von Beteiligungsmodellen fernab der professoralen Mehrheit
- landes- und bundesweite Bündnisarbeit zu Hochschulstrukturen und Demokratisierung
- Einsatz für OpenSource-Projekte

- Transparenz, auch von Seite der Universität, fordern
- wichtige Vorgänge/Beschlüsse aus den akademischen Gremien kommunizieren
- (Groß-)Projekte der Universität begleiten, Transparenz und Einbindung fordern und von Anfang an einbringen

Arbeitsbedingungen an der Universität

Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an einer Hochschule sind nicht nur grundlegend für eine sichere Lebensplanung der Beschäftigten, sondern auch integraler Bestandteil der demokratischen Teilhabe der Universitätsangehörigen unabhängig der Interessen ihrer Vorgesetzten. Darüber hinaus sind gute Arbeitsbedingungen besonders wichtig für gute Lehre und somit auch für gute Studienbedingungen. Dementsprechend engagiert sich die Student*innenschaft für gute Arbeitsbedingungen an der Universität Lüneburg und vernetzt sich hierzu auch mit Bündnissen, die vergleichbare Bestrebungen an anderen Hochschulen und in anderen Teilen der Gesellschaft haben.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Aufklärungs- und Vernetzungsangebote zu Arbeitsbedingungen von SHKs
- über Vertretungsmöglichkeiten aufklären und Bestrebungen unterstützen
- schlechte Arbeitsbedingungen und Löhne an der Hochschule problematisieren und auch die Konsequenzen für die Lehre aufmerksam machen
- Zusammenarbeit mit dem Personalrat, dem WiMi-Rat und der Promovierendenvertretung
- überregionale Bündnisarbeit zu diesem Thema, z.B. in LAK, fzs, mit unter_bau, dem Netzwerk Mittelbau und anderen Gewerkschaften

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist ein Kernthema in dem Leitbild der Universität. Die Student*innenschaft unterstützt dies und fordert Nachhaltigkeit und nachhaltiges Handeln der Universität in allen Gebieten bspw. durch nachhaltiges Divestment und nachhaltige Finanzen oder als Querschnittsthema in der Lehre. Zudem nimmt das StuPa es sich zum Ziel Nachhaltigkeit und nachhaltiges Handeln auch in der Student*innenschaft konsequent zu denken und durchzuführen und in diesem Sinne auch das Nachhaltigkeitsverständnis, sowohl der Student*innenschaft, als auch der Universität genauer unter die Lupe zu nehmen.

Konkrete Maßnahmen für die Realisierung könnten z. B. sein:

- Aktionen zu nachhaltigem Konsum, bspw. zusammen mit der Mensa
- bessere Vernetzung von Angeboten des AStA und externen Angeboten (z. B. KonRad, Repair Café, Geschirrverleih, etc.)
- perspektivische Aktualisierung des Nachhaltigkeitsreaders
- Fortführung des Wochenmarktes auf dem Campus, Ausbaumöglichkeiten ausloten und noch besser im Stadtteil etablieren

- Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsordnung für die Student*innenschaft, unter Beteiligung aller Betroffenen

Abschließende Worte

Diese Arbeitsschwerpunkte werden vom StuPa und vom AStA in der laufenden Legislaturperiode behandelt. Neben diesen Schwerpunkten gibt es den Raum, auch weitere Themen und Projekte anzugehen. Diese können auch nachträglich noch per Beschluss in den Schwerpunkten ergänzt werden. Des Weiteren werden die AStA-Referate, StuPa-Ausschüsse und StuPa-Listen sowie weitere Amtsträger*innen und Gruppen dazu angehalten, sich zur Erfüllung konkreter Maßnahmen bzw. ihrer Vorbereitung bereit zu erklären. Außerdem ist eine weitere Zeitplanung für die Durchführung der Maßnahmen zu ergänzen. Am Ende der Legislaturperiode werden StuPa und AStA gemeinsam evaluieren, wie erfolgreich die Bearbeitung der Schwerpunkte war und ggf. noch zu bearbeitende Punkte für die folgende Legislatur vorschlagen.

Selbstverständlich sind diese Arbeitsschwerpunkte als Ergänzung zum Tagesgeschäft der Verfassten Student*innenschaft zu sehen und setzen voraus, dass aktuelle Themen und Maßnahmen weitergeführt, bzw. behandelt werden. Neben den Schwerpunkten sind etliche weitere Arbeiten für die Student*innen wichtig. Dazu gehören: Ständig laufende Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Gespräche mit der Hochschulleitung und -verwaltung, Wahrnehmung der Mitgliedschaften und Einbringung in verschiedene Bündnisse, individuelle Beratung von Student*innen bei Fragen und Problemen, Verwaltung und Organisation von Semesterticket, Haushaltsmitteln und Versicherungen sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen bildungspolitischen Tagesgeschehen.